

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 5

Artikel: Zur Abstimmung über die Kleinbauern-Initiative vom 4. Juni :
Perestroika für die Landwirtschaft
Autor: Kaufmann, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und wachsen an den wesentlichen Aufgaben dieser Zeit. Nehmen wir die Herausforderung, die die zur Debatte stehende «Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und für eine

umfassende Friedenspolitik» für unsere Partei darstellt, an, indem wir uns einer offenen Diskussion darüber stellen. Ich bin überzeugt davon, dass sie nicht zu einer Zerreißprobe, sondern zu einer

fruchtbaren Probe unserer partei-internen Streit- und Diskussionskultur werden wird. Und ich bin ebenso überzeugt davon, dass wir diese Probe gemeinsam bestehen werden!

Zur Abstimmung über die Kleinbauern-Initiative vom 4. Juni

Perestroika für die Landwirtschaft

Von Michael Kaufmann

In der schweizerischen Agrarpolitik tut sich etwas. Nachdem auf einem zwar brauchbaren Verfassungstext seit 1951 mit dem Landwirtschaftsgesetz die Bauern 30 Jahre lang an der Nase herumgeführt worden sind, stellen die Kleinbauern jetzt eine neue Verfassungsgrundlage zur Diskussion. Das bestehende Agrargebäude kommt damit unter Druck, und das ist gut so. Bei der Initiative für ein naturnahes Bauern und gegen Tierfabriken wird am 4. Juni abgestimmt. Es geht um eine Weichenstellung, um eine Neuorientierung. Und damit tut sich natürlich die offizielle Politik – von den Bauernverbänden bis hinzu den Grossverteilern – schwer.

A. Die Initiative

In der Sackgasse

Dass die Landwirtschaftspolitik zwar in einer Sackgasse steckt, wissen wir. Sogar die offizielle Agrarpolitik, allen voran der Schweizerische Bauernverband, haben – etwas hilflos – eingesehen, dass die Rechnung «Mehr Erträge – höhere Preise» zu einem Fiasko führt. Und zwar aus zwei Gründen. *Erstens* werden mit dieser eindimensionalen Agrarpolitik die Überschüsse nur noch vergrößert, *zweitens* profitieren davon nur jene Produzenten, die die günstigsten Produktionsbedingungen haben. So er-

staunt es nicht, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Bauernbetrieben laufend zunehmen, dass jährlich nach wie vor gegen tausend Landwirtschaftsbetriebe verschwinden. Völlig unter den Tisch sind in der Rechnung dieser «Gesund schrumpfung» die Umweltkosten gefallen. Niemand rechnet die volkswirtschaftlichen Kosten einer zunehmend intensiven Produktion, diese werden über Gewässerschutzmassnahmen, Gesundheitskosten, Naturschutzaufwand usw. anderswo zu Buche geschlagen. Überschlagsmässig kann für landwirtschaftlich intensivste Gebiete (Beispiel Sempachersee mit viel Massentierhaltung) gesagt werden, dass die Umweltreparaturkosten, die jährlich aufgewendet werden (Belüftung der Gewässer usw.) rund 10 Prozent der Nettoerträge aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit ausmachen...

Die politische Ebene ist eine Wüste

Alle wissen um die Problematik. Sogar die politischen Vertreter der Landwirtschaft. Und trotzdem passiert wenig bis nichts. Jahrzehntlang hat man um eine Verschärfung des Gewässerschutzgesetzes gekämpft. Jetzt kommt diese Verschärfung endlich mit der Reduktion der Tierbestände auf ein halbwegs erträgliches Mass (Tierbesatz maximal

drei Dünger-Grossvieheinheiten pro Hektare).

Jahrelang hat man Verschärfungen der Futtermittelpolitik und der Vorschriften über die Tierhaltung gefordert. Ein entsprechender Anlauf zur Revision des Artikels 19 des Landwirtschaftsgesetzes (Stallbaubewilligung/Höchsttierbestände, Beiträge an kleine und mittlere Tierhalter) ist mit gebremster Wirkung zu einem halbhatzigen Ziel gekommen. Einziges Fazit: Beiträge an Tierhalter, allerdings so ausgerichtet, dass auch grössere und grösste Betriebe immer noch Geld erhalten! Jahrelang hat man Beiträge für Biolandbau usw. gefordert, im Kanton Bern ist es in einer Allianz von Bauern, Grünen und SP gelungen, wenigstens auf kantonaler Ebene etwas Bescheidenes in dieser Richtung einzuführen. Und so weiter.

Die Kosten laufen an

Das Umdenken harzt, die offizielle Agrarpolitik scheint es nicht nötig zu haben, selber Signale zu geben. Gleichzeitig laufen die Kosten weiter. Ein Drittel der Bundesmittel an die Landwirtschaft geht in Überschussverwertung, immerhin sind das rund eine Milliarde Franken jährlich. Oder anders gerechnet: Von einem Franken Konsumausgaben für Nahrungsmittel, gehen höchstens 30 Rappen an den Bauern. Der Rest vesickert in der Verar-

beutung, dem Handel, dem Transport usw. Besonders absurd ist die Überschussverwertung in der Milchproduktion. Während der Staat mit teuren Geldern sowohl Milchtrocknung als auch Milchtrockenfutter an die Kälbermäster verbilligt, liefern die intensiv wirtschaftenden Milchbauern (jeder Tropfen auf den Markt!) teure Milch ab. Der Staat zahlt auf beiden Seiten der gutgeschmierten Maschine, der Bauer, der einen Teil seiner Milch dem Kalb direkt verfüttert ist der Löli, die Konsumenten sind die Betroffenen, und einzig die bodenunabhängigen Kälbermäster sowie die Milchgrossbauern sind die Profiteure.

Importeure mit Privilegien

Aber auch der Agrarimport ist eine lukrative Sache. Entgegen allen Behauptungen ist die Schweiz insgesamt ein verhältnismässig grosses Importland. Der Selbstversorgungsgrad beträgt nur rund 60 Prozent, und die Schweiz ist die zweitgrösste Abnehmerin an EG-Agrarprodukten! Die Importpolitik, ein Gestrüpp von verschiedenen Systemen (Kontingente, Monopole, Preiszuschläge, Zölle, Einfuhrsperren, usw. usw.) basiert vor allem bezüglich den lukrativen Importgeschäften (Futtermittel, Wein, Getreide usw.) auf althergebrachten Privilegien einiger alteingesessener Firmen, die in den grauen Zeiten des Liberalismus einen Anteil am Importkuchen erhalten haben. Dass mit diesen Kontingenten nicht nur grosse Gewinne eingestrichen, sondern auch ein lukrativer Handel getrieben werden kann, liegt auf der Hand. Die Kosten bezahlen auch hier die Konsumenten und die Bauern. Pikant, nach wie vor, dass in einer Verfilzung zwischen Importbusiness und Agrarhandel der Schweizerische Bauernverband von den Futtermittelimporteuren pro Doppelzentner Importfutter-

mittel 6 Rappen erhält, jährlich immerhin rund 500 000 Franken.

Die Initiative schafft neue Grundlagen

Die VKMB-Initiative bringt deutliche Ansätze, die die Landwirtschaftspolitik in eine andere Richtung lenken. Ziel der Initiative ist die Ausschaltung der Agroindustrien und der Umweltsünder. Ziel ist gleichzeitig eine andere Importpolitik. Dabei ist klar, dass bestehende Strukturen nicht zementiert werden, sondern jene Betriebe eine Chance erhalten, die als bäuerlich zu bezeichnen sind und die mit einer minimalen eigenen Futterfläche (im Talgebiet $\frac{2}{3}$ des Bedarfs, im Berggebiet die Hälfte) einen einigermaßen ökologischen Kreislauf innerhalb des Betriebes garantieren. Durch die Importbestimmung, wonach frei importiert werden kann, allerdings unter der Verpflichtung, die schweizerische Produktion zu übernehmen (Leistungssystem), wird der Absatz inländisch abgesichert, während die Importprivilegien abgebaut und dem Markt (auch EG-Binnenmarkt) eher zugänglich werden (s. Kasten «Die Initiative»).

Interpretationen

Alles andere (Einkommenspolitik, Subventionspolitik usw.) lässt die Initiative offen. Sie ermöglicht neue Ansätze, verhindert sie sicher nicht. Die Weichenstellung ist grundsätzlich, die Gesetze dazu müssen gemacht werden, Härtefälle sind zu berücksichtigen. Einzige Ausnahme sind die Importvorschriften, insbesondere die Festlegung der Einfuhrquoten durch den Bundesrat. Hier wird – damit haben Staatsrechtler Mühe – das Parlament faktisch ausgeschaltet und die Verfassungsgrundlage (die vom Volk sanktioniert ist) direkt angewendet. Kennt man jedoch das Parlament, seine Langsamkeit, seine Interessenpolitik, seine soge-

nannten Bauernpolitiker, versteht man die Kleinbauern, die der Verfassung und dem Bundesrat in diesem Punkt mehr zutrauen. Nicht vergessen sind die Geschichten um das Umweltschutzgesetz, um den Preisüberwacher, usw. In allen anderen Teilen der Initiative wird der Gesetzgeber zum Zuge kommen.

Märchenhaft deshalb die Gegenargumente aus dem Agrarlager, die Initiative sei nicht durchführbar. Natürlich wird festgelegt werden müssen, was ein bäuerlicher Betrieb wirklich ist, wieviele familien-/betriebseigene Arbeitskräfte im Betrieb arbeiten müssen. Und hier wird eine Grenze herauskommen müssen, die in erster Linie Grossbetriebe mit vielen Angestellten, Staatsbetriebe usw. vom Agrarschutz ausklammert. Und natürlich werden durch die Vorschriften über die Futtermittelfläche auf dem eigenen Betrieb nicht nur Tierfabriken, sondern auch intensivste Kleinbauernbetriebe betroffen sein. Aber: dies ist richtig so, denn die Tierfabriken müssen verschwinden, und damit haben die kleinen «Übermarcher» auch eine doppelte Chance, auf dem Markt zu bestehen. Wenn erstens nämlich die drei Prozent Schweinehalter, die heute einen Drittel des Schweinefleisches produzieren, ausgeschaltet sind, wird der Fleischmarkt anders aussehen, und es wird zweitens, dank weniger Geld für die Überschussverwertung, auch mehr Spielraum geben für bessere Preise zugunsten der kleineren Betriebe.

Die Initiative ist aber – das vorhergehende Beispiel zeigt es – auch nicht strukturzementierend. Im Gegenteil wird sie viele Betriebe dazu führen, anders organisiert zu wirtschaften, sich genossenschaftlich zusammenzuschliessen, oder gar als selbstverwaltete Aktiengesellschaft. Damit ergibt sich aus der Initiative ein Strukturimpuls, der jedoch das bäuerliche Wirtschaften aufwertet und zukunftsweisenden Organi-

sationsmodellen der ökologisch ausgerichteten Produktion eine Chance gibt.

Die ökologische Dimension

Es ist zwar richtig, dass neben dem «Futterflächenanteil» eines Landwirtschaftsbetriebes andere Anforderungen für eine ökologisch ausgerichtete Produktion von grosser Bedeutung sind. Dies sind – vor allem für intensive Spezialbetriebe und viehlose Betriebe – die Art der Fruchtfolge (Monokultur), der Bodenbearbeitung und -deckung (Erosion) und des Einsatzes von synthetischen Düngern sowie Pflanzenschutzmitteln (Herbizide, Fungizide, Insektizide). Dazu sagt die Initiative nichts.

Man muss aber das Ausmass und die indirekte Folge des minimalen Anteils eigener Futterfläche eines Betriebes kennen, um beurteilen zu können, wie grundsätzlich und bedeutungsvoll dieser Punkt der Initiative sich auswirkt: Immerhin sind damit *erstens* rund 80 Prozent aller Bauernbetriebe erfasst (alle Milch- und Fleischproduzenten), gleichzeitig auch die grössten «Umweltsünder» (Tierfabriken), und *zweitens* bedeutet die ausgewogene eigene Futterproduktion einen geschlossenen, ökologischen Kreislauf im Betrieb und damit den kleineren Einsatz von chemischen Hilfsmitteln. Die Initiative macht damit einen *Anfang* einer ökologischeren Landwirtschaft und behindert weitere Massnahmen und Vorschläge in dieser Richtung keineswegs. Im Gegenteil macht der Verzicht auf Subventionsgelder an die Agroindustrie öffentliche Gelder frei, die zugunsten weiterer ökologischer Massnahmen (z.B. Direktzahlungen für umweltgerechtere Produktionsweise) der bäuerlichen Betriebe eingesetzt werden können.

Dieser Zusammenhang Ökologie-Ökonomie macht deutlich, wie sehr die VKMB-Initiative einen Neuanfang bedeuten könnte.

Konsumentenpolitik mit neuen Schwerpunkten

Konsumentenpolitisch gesehen liegt die Initiative ebenfalls richtig. Die neue Konsumentenpolitik besteht darin, dass nicht Billigpreise (um jeden Preis) das Hauptanliegen sein können. Zu schwerwiegend sind die Auswirkungen dieses traditionellen Konsumentenverhaltens auf Nahrungsmittelqualität und Umwelt. Noch klarer ausgedrückt: die traditionelle Konsumentenpolitik hat sich mit ihrer Forderung nach möglichst tiefen Preisen zur (etwas vernachlässigten) Komplizin der Agroindustrien gemacht. Die VKMB-Initiative schafft durch die neuen Vorgaben Grundlagen, für eine anders ausgerichtete Konsumentenpolitik: Diese verlangen nach einer möglichst ökologischen, bäuerlichen Landwirtschaft und einem Einsatz der finanziellen Mittel (Haushaltsgeld und Bundesgelder), die wirklich dort ankommen, wo sie notwendig sind. Die Initiative ermöglicht gleichzeitig durch die Abschaffung der Privilegienwirtschaft an der Grenze und eine Flexibilisierung der Importpolitik eine günstigere Produktion, so dass trotz möglicherweise besseren Preisen für einzelne kleinere Fleischproduzenten letztlich der durchschnittliche Fleischpreis nicht ansteigen muss. Kurz: es gibt keine Argumente, die aus konsumentenpolitischer Sicht gegen die Initiative sprechen.

Die «böse» EG

Bauernverbände und Bundesrat haben sehr geschickt die EG-Agrarfrage kurz vor der Abstimmung über die Initiative ins Feld geführt und mit der Drohung des EG-Binnenmarkts 1992 einen künstlichen Sachzwang gegen die Initiative geschaffen. Die Initiative stehe im Gegensatz zu EG und GATT, sie erschwere die ohnehin schwierigen Verhandlungen und

– widersprüchlich genug! – helfe mit, Tür und Tor zur Zerschlagung der schweizerischen Landwirtschaft zu öffnen.

Das Umgekehrte ist der Fall. Die Initiative liberalisiert die Importpolitik, ohne die einheimische Produktion zu gefährden. Im Gegensatz ist der zusätzliche Schutz und die Ökologisierung die einzige Chance, die schweizerische Landwirtschaft in Zeiten eines in-

Die Initiative

Die Initiative besteht aus zwei Teilen:

A: Ausrichtung der Einkommenspolitik (Subventionen usw.) und Agrarpolitik auf bäuerliche Betriebe. Ein bäuerlicher Betrieb ist

- a) ein Betrieb, der von «vorwiegend familieneigenen Arbeitskräften» bewirtschaftet wird. Hier steckt viel Spielraum (z.B. für Spezialbetriebe) und auch die Möglichkeit, «familieneigen» in genossenschaftlichem Sinn zu verstehen.
- b) ein Betrieb, der im Talgebiet $\frac{2}{3}$ seines Futters selber produziert, im Berggebiet die Hälfte.

B. Importsystem vereinheitlicht: Der Bundesrat hat die Importanteile festzulegen, und zwar auf Grundlage der landeseigenen Versorgung. Die Importeure werden zur Übernahme entsprechender Anteile Schweizerprodukte verpflichtet, so dass die Abnahme der inländischen Produktion gesichert ist. In Überschusssituationen kann der Bundesrat die Importe sperren. Dies dürfte allerdings nur gerade auf dem Milchsektor und punktuell auf dem Fleischsektor (Schweinefleisch) der Fall sein. Im Fleischsektor (tendenziell auch Milch) wirkt die Initiative jedoch durch Ausschaltung der intensivsten Betriebe überschussvermindernd.

ternationalen Agrarhandels einigermassen instand zu halten. Das haben auch bedeutende GATT-Funktionäre klar gesagt, die im Gegensatz zu den Trabanten von Bundesrat Delamuraz die Initiative nicht als Problem für die weiteren GATT-Verhandlungen ansehen.

B. Das politische Umfeld

Die Politologen können sich angesichts des Abstimmungskampfes über die VKMB-Initiative die Hände reiben. Einmal mehr zeigen sich mit aller Deutlichkeit diverse Phänomene der Mechanik der schweizerischen Politik, der momentanen Unfähigkeit des Systems, auf neue Probleme und Vorschläge zu reagieren und – dies ein Hoffnungsstrahl – die Sammlungsbewegung der politischen Kräfte, die kritisch innerhalb oder bewegt ausserhalb des Politikestabishments stehen.

Stalinistische Bauernvertretung

Es ist schlicht unglaublich, aber wahr. Da gibt es eine Kleinbauerninitiative, immerhin lanciert von Bauern, propagiert in Bauernkreisen, und die traditionelle Bauernpartei SVP bringt es fertig, eine Nein-Parole mit 202:0 Delegiertenstimmen herauszugeben. Was nicht einmal bei der «Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation» der Fall war, ist jetzt Tatsache geworden: die absolute, ideologisch durchgepaute Parole der Bauernpartei gegen ihre eigenen Leute. Fast so krass ist die Sache im Vorstand des Schweizerischen Bauernverbandes vorprogrammiert worden, in dem dank Einsitz der VKMB (1 Sitz von 150!) wenigstens kein derart absoluter Entscheid gefällt wurde... Nun hat diese machiavellistisch durchdemonstrierte Einmütigkeit ihre Hintergründe: noch nie ist durch eine Initiative so klar an die Hauptbastionen der schweizerischen Bauernpolitik gerührt worden, noch nie waren Verbandspo-

litik und SVP-Politik so klar in Frage gestellt wie jetzt. Mehr noch: noch nie ist das bauerliche Misstrauen gegenüber der Verbandspolitik so deutlich gewesen wie jetzt. Und dies jagt die Verbands- und Parteimotorik in eine jämmerliche Defensive. Vom ersten Tag seit der Lancierung der VKMB-Initiative ist der Bauernverband auf Abwehr gegangen. Im Verlaufe von vier Jahren wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, Funktionäre und Politiker getrimmt, Bauernzeitungen auf Vordermann befehligt, aber auch Versprechungen gemacht, verbale Zugeständnisse sowie PR angezettelt usw. Die Kombination von Abblockmanövern und PR-Aktionen ist jedoch gescheitert. Im Parlament brachte der Bauernblock – immerhin zusammen mit den bürgerlichen Freunden eine Mehrheit – nicht einmal eine Mehrheit für einen Gegenvor-

schlag zur Initiative zustande, eine grossartig angekündigte Bauernverbands-Konsumenten-Zeitung blieb bisher auf der Strecke, der mit grosser «Hoffnungspetersilie» versehene jungdynamische neue Direktor des Bauernverbandes, Melchior Ehrler, blieb entweder in den Stolperdrähten der Chefideologen und Grossbauern oder in seinem tipptoppen Manageroutfit hängen.

Die Abblockpolitik

So bleibt den Bauernfürsten nur noch die fast peinliche Abblockpolitik. An der SVP-Delegiertenversammlung schob man zwei Bergbauern vor, um den Anschein des bauerlichen Dialogs zu erwecken. Grossbauer und Gewerbler schwiegen sich gegenseitig an. Vor einem Pro-Kontra-Gespräch liess man den Berner Nationalrat Schwab gegen die In-

Die vier Hauptziele der Initiative

1. Die Landwirtschaftspolitik wird konsequent auf den bauerlichen Familienbetrieb ausgerichtet. Tüchtige und fleissige Bauernfamilien im Tal- und Berggebiet können wieder ein gerechtes Einkommen erarbeiten.
2. Die Konsumenten können gesunde Nahrungsmittel kaufen, die auf einem bauerlichen Familienbetrieb naturnah produziert wurden. Die ökologisch unhaltbare Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft in Agro- und Tierfabriken – zum Schaden von Natur, Landschaft, Tier und Mensch – wird gestoppt.
3. Steuerzahler und Konsumenten werden von den sinnlosen Kosten für die Verwertung landwirtschaftlicher Überschüsse (über 1,5 Milliarden Franken jährlich) entlastet. Subventionen werden nicht mehr in die Agro- und Tierfabriken fehlgeleitet, welche die Überschüsse verursachen.
4. Der Import von landwirtschaftlichen Produkten soll grundsätzlich frei sein. Aber wer importieren will, muss anteilmässig so viele einheimische Produkte aus bauerlichen Betrieben übernehmen, dass deren Absatz zu für die Bauern kostendeckenden Preisen gewährleistet ist (Leistungssystem). Dies ist eine für die Bauern und den Handel liberale Regelung, die aussenwirtschaftlich die Position der Schweiz in den Gatt-Verhandlungen entscheidend verbessert.

initiative lospoltern, malte das Grossverteiler- und Denner-Schreckgespenst an die Wand (im Wissen, dass andere Grossverteiler aus Interessengründen klar gegen die Initiative sind!), zählte hilflos alle agrarökologischen Forderungen auf, die statt der Initiative erfüllt werden müssten (obschon gerade dieselben Politiker auch hier immer auf der Bremse stehen). Man jammerte sich vor, dass auch Kleine betroffen seien, und tat so, als ob heute alles in bester Ordnung sei. Nicht einmal das hilflose Votum der Berner Nationalrätin und Bäuerin Susanna Däpp, man wisse noch keinen Ausweg aus dem Landwirtschaftsdilemma, konnte die SVP-Anhängerschaft bewegen, zumindest mit einigen Ja-Stimmen ein gewisses Unbehagen aufzuzeigen. Zu gross war der Ruf nach Einheit, die Ächtungsstrategie gegen die «spaltenden» Kleinbauern.

Die Allianz der Alten bricht auf

Aber auch bei den traditionellen Gegenblöcken der etablierten Bauernschaft ist dieselbe Dialektik von ideologischem Strammstehen und Bewegungslosigkeit gegenüber der Initiative und der eigenen internen Kritik festzustellen. Gehässig haben die etablierten Grossverteiler (Migros, Coop), die etablierten Konsumentenorganisationen (allen voran das Konsumentinnenforum) gegen die Initiative gearbeitet. Gegenvorschlagsideen (z.B. der AGAK-Arbeitsgemeinschaft Arbeitnehmer-Konsumenten) waren taktisch so falsch angelegt (auf Aussenposition), dass sie von vornherein keine Chance hatten, eine mittlere Lösung im Parlament zu erreichen. Typisch dafür die voreilige Nein-Parole des Konsumentinnenforums (allerdings nur intern diskutiert und an der Basis nicht überall verstanden!), das Abseitsstehen der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) usw.

Aber auch hier hängt die starre Haltung sehr wohl mit interner Kritik seitens der Basis – wo noch vorhanden – zusammen. Sehr deutliche Hinweise darauf gibt die Geschichte der Parolenfassung beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund. In den Reihen von Sekretariat und Verbandsleitung war von vornherein «klar», dass man dagegen sein musste. Mit deutlicher Handschrift von SGB-Sekretär Benno Harmeier, seinerseits zusammen mit der «anderen Seite» in allen wichtigen Expertenkommissionen der Agrarpolitik einsitzend, beantragte man an der parolenfassenden Delegiertenversammlung eine Nein-Parole. Es kam jedoch anders. Mit einem höheren Anteil Ja- als Nein-Stimmen beschlossen die Delegierten knapp am Zweidrittelsquorum vorbei die Stimmfreigabe...

Immerhin ist hier anzumerken, dass im SGB die demokratischen Prozesse im Gegensatz zu den etablierten Bauernvertretungen spielen. Hier sind Beschlüsse der Basis, die im Widerspruch zu Anträgen der Zentrale stehen, möglich!

Neue Bündnisse ausserhalb der Konkordanz

Die Antwort auf die Schwerfälligkeit und unverhohlene Interessenpolitik der offiziellen Bauernpolitik ist deutlich ausgefallen: die Kleinbauern kämpfen nicht allein. Ganz im Gegenteil ist es gelungen, eine breite Front von neuen Konsumentenorganisationen, Gewerkschaftsgruppen, Umweltschützern (WWF, Gesellschaft für Umweltschutz usw.), linksliberalen und linken Parteien (Grüne und SPS) aufzubauen. Diese trägt jetzt einen Abstimmungskampf, der nur allzu deutlich macht, wo die Bruch- und Konfliktlinien in der Schweizerischen Politlandschaft durchgehen. Es ist eine ähnliche Konstellation wie bei der Rothenthurm-Initiative, eine ähnliche auch wie

bei der Stadt-Land-Initiative (wobei hier die gestellte Eigentumsfrage zu einer bei weitem schmäleren Basis ausreichte).

Nicht zuletzt ist auch das Engagement des Grossverteilers Denner von Beduetung. Es ist ein Novum in schweizerischen Abstimmungskämpfen, dass eine wirtschaftlich orientierte Unternehmung auf seiten der Opposition und der Linken sich (finanziell) beteiligt. Anlass zur Verdammung? Nein. Denn Denner legt sein Engagement klar – ganz im Gegensatz zu den jeweiligen Sponsoren bürgerlicher Abstimmungskämpfe. Denner legt aber auch seine Interessen klar, nämlich die Abschaffung der Privilegienwirtschaft an der Grenze, natürlich mit dem Effekt, selber auch einen Anteil am Kuchen zu erhalten. Nur: Denner garantiert mit Einstehen für die Initiative gleichzeitig auch den Bauernschutz.

Damit ist das Engagement von Denner weder Abstimmungsbestechung noch unmoralischer Akt. Im Gegenteil bietet sich hier für einmal die Chance, mit etwas ausgeglicheneren Spiessen in einen Abstimmungskampf einzusteigen und damit die Demokratie besser spielen zu lassen. Sicher ist, dass damit das Missverhältnis von 20:1, wie es sich bei der Stadt-Land-Kampagne in Sachen Finanzen ergeben hat, verringert wird.

All jene Gegner aber, die jetzt mit dem Zeigefinger auf Denner losgehen, wird man daran erinnern müssen, wenn sie ihre Inseraten- und Plakateplantagen über millionenschwere Gelder aus unklaren Wirtschaftsquellen einspielen.

Glasnost und Perestroika

Perestroika (Umgestaltung) und Glasnost (Transparenz) sind in der schweizerischen Agrarpolitik gefragt. Das zeigen die Macht- und Strukturverhältnisse nur allzu deutlich an. Die Abstimmung

vom 4. Juni hat jedoch vor diesem Hintergrund und den skizzierten politischen Verhältnissen mehr als nur eine landwirtschaftliche Bedeutung. Wie selten in letzter Zeit brechen die verkrusteten Ränder des schweizerischen Systems auf, und zwar (wohl etwas im Gegensatz zur Stadt-

Land-Initiative oder zur GSoA-Initiative) mit der realen Möglichkeit, dass sich im Abstimmungsergebnis die auf politischer Ebene gegebenen Verhältnisse widerspiegeln. Hier gibt es weder Grundbesitz noch eine Armee zu verlieren. Keine heiligen Kühe müssen hier geschlachtet werden.

Im Agrarbereich gibt es für Konsumenten und Bauern nur etwas zu gewinnen. Eine Chance ist da. Die Politologen werden sie so oder so auszuwerten wissen. Die Politiker hingegen werden vor allem bei einem Erfolg endlich kreativ dahinter gehen können.

Demokratische Sozialisten im Dialog mit den Kirchen

Der ökumenische Prozess und das politische Handeln

Ein Beitrag für die Kirchenkonferenz zu Basel

In Basel fand vom 15. bis 21. Mai 1989 die Europäische Ökumenische Versammlung über Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung statt. Zu diesem wichtigen europäischen Ereignis haben die SPS, die SPD und die sozialdemokratische Fraktion im europäischen Parlament Stellung genommen. Wir veröffentlichen dieses Gemeinschaftsprojekt, das als Broschüre herausgekommen ist, leicht gekürzt.

1. Welche Bedeutung Basel für uns hat

Für die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien ist die Europäische Ökumenische Versammlung in Basel ein wichtiges Datum. Aus drei Gründen:

a) Wenn die Kirchen in Europa über die Grenzen von Konfessionen und Staaten hinweg gemeinsam nachdenken über Themen, die für die Zukunftsgestaltung unseres Planeten von so grosser Bedeutung sind, dann ist dies ein Prozess, der die politischen Gestaltungskräfte unmittelbar angeht. Demokratische politische Parteien, die Politik aus der Zustimmung ihrer Mitbürger heraus gestalten, sind darauf angewie-

sen, diesem Diskussionsprozess aufmerksam zuzuhören.

b) In einer Zeit, in der die in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten weitere Schritte zur Verfestigung ihrer Integration tun und in der andererseits Bewegung in die Gesellschaften vieler Staaten Osteuropas kommt, melden sich die Kirchen aus allen Ländern Europas gemeinsam zu Wort. Dies ist ein hoch zu bewertender Vorgang.

c) Da die christlichen Kirchen kein politisches Mandat haben, brauchen sie für die Umsetzung ihrer Anregungen in konkrete Handlungsfelder Resonanz aus dem politischen Bereich. Deshalb brauchen die Kirchen den Dialog mit den politischen Parteien. Wenn in diesem Prozess ein «unüberhörbares Wort» (Carl Friedrich von Weizsäcker) gewollt wird, sind demokratische Sozialisten in Europa bereit, aufmerksam zuzuhören und auf die Anstösse dieses Worts aus ihrer politischen Grundüberzeugung Antwort zu geben.

d) Wir sind auf Empfehlungen, Anregungen, kritische Hinweise,

wie sie in diesem ökumenischen Prozess zu den Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung erarbeitet werden, angewiesen, um immer wieder Eigeninteressen, partikuläre Sachzwänge, liebgewordene Gewohnheiten zu überwinden und Politik in der Verantwortung für alle Menschen auf der Erde und für künftige Generationen zu gestalten.

2. Die Herausforderung für uns

Der ökumenische Prozess der europäischen Kirchen hatte in den nationalen Vorbereitungsgremien ebenso wie für die Europäische Ökumenische Versammlung in Basel drei zentrale Themen, die zugleich Schlüsselfragen für die politische Zukunftsgestaltung sind:

- Frieden
- Gerechtigkeit
- Bewahrung der Schöpfung

Dies wird auch im Leitwort ausgedrückt: «Frieden und Gerechtigkeit für die ganze Schöpfung». Wir haben mit Aufmerksamkeit in den Dokumenten der Europäischen Versammlung den gleichen Begriff wiedergefunden, der auch in den Diskussionen der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien eine Rolle spielt: